Experten wundern sich über Debatten zum Islam-Feiertag

20. Oktober 2017

Vorbilder vorhanden Von Joachim Heinz (KNA) Bonn (KNA)

Wenn TV-Legende Thomas Gottschalk sich auf Twitter zu Wort meldet und CSU Generalsekretär Andreas Scheuer auf Facebook seinen Gefühlszustand mit „tief bestürzt, ja fassungslos“ umschreibt, dann gibt es Redebedarf. In diesem Fall zum Thema muslimische Feiertage.

Den Anstoß zur Diskussion lieferte Bundesinnenminister Thomas de Maiziere. Auf einer Veranstaltung in Wolfenbüttel äußerte sich der CDU-Politiker Anfang vergangener Woche zum Thema Leitkultur. Dort habe er sich explizit dafür ausgesprochen, „am Glockengeläut, an unseren christlichen Festen, Feiertagen und vielem mehr“ festzuhalten, hielt der Minister in einer am Dienstag – gut eine Woche nach seinem Auftritt in Wolfenbüttel – verbreiteten Stellungnahme fest. „Auf diesem Fundament habe ich einen Gedanken aufgegriffen, in Regionen mit einem sehr hohen Anteil von Muslimen über einen muslimischen Feiertag zu diskutieren.“

Daraus einen „Vorstoß“ oder „Vorschlag“ für einen muslimischen Feiertag zu machen nannte er „abwegig“. Da war allerdings die Diskussion schon in vollem Gange. Die Islamlehrerin Lamya Kaddor sprach von „Symbolpolitik“; der Vorsitzende des Zentralrats der Muslime in Deutschland, Aiman Mazyek, sagte dagegen, eine solche Initiative könne integrationsfördernd wirken. Auch der Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK), Thomas Sternberg, äußerte sich – und sah sich, ebenso wie de Maiziere, gezwungen, seine Position zu präzisieren.

Er habe weder einen gesetzlichen Feiertag für Muslime gefordert, noch werde er ihn anregen, betonte Sternberg. Wenn aber in Gegenden mit hohem Anteil an frommen Muslimen Regelungen für die Ausübung islamischer Feiertage hinzukämen, „würde das nicht die christliche Tradition unseres Landes verraten“.

Als einziger katholischer Bischof äußerte sich bislang der Fuldaer Oberhirte Heinz-Josef Algermissen. In der Zeitung „Die Tagespost“ würdigte er die in Deutschland praktizierte religiöse Toleranz. Diese dürfe jedoch nicht so ausgelegt werden, dass sie „zum Verlust unserer Identität“ führe, so Algermissen: „Daher bin ich gegen die Einführung eines islamischen Festes in Deutschland.“ Manche Reaktionen ließen vermuten, als stehe genau das kurz bevor. TV-Moderator Gottschalk formulierte es am vergangenen Sonntag so: „Muslimischer Feiertag bei uns ist ein guter Einstieg, demnächst Herz-Jesu Freitag in Bagdad und dann Fronleichnamsprozession in Istanbul.“

Experten wie der Leiter der Christlich-Islamischen Begegnungs- und Dokumentationsstelle (CIBEDO), Timo Güzelmansur, können über derlei freilich nur den Kopf schütteln. „Ehrlich

gesagt verstehe ich nicht, warum diese Debatte angestoßen wird“, sagt der Theologe. Schließlich gebe es bereits Regelungen wie die „Verträge“, die in manchen Bundesländern mit Muslimen geschlossen wurden. Zum Beispiel in Hamburg. Dort werden das Opferfest, das Ramadanfest und der Aschura-Feiertag „als Gottesdienst im Sinne des § 3 Hamburger Feiertagsgesetz“ verstanden.

Auf die in den Ländern bestehenden Feiertagsgesetze verwies auch der Bonner Staatsrechtler Josef Isensee gegenüber dem Kölner domradio. Für muslimische Angestellte könnten demnach ähnliche Regelungen gelten, wie sie bereits für jüdische Arbeitnehmer gelten. Das Feiertagsgesetz in Nordrhein-Westfalen sieht in Paragraf 9 mit Blick auf jüdische Feiertage unter anderem vor, dass Arbeitnehmer am Neujahrsfest und am Versöhnungstag nicht zum Dienst erscheinen müssen. „Weitere Nachteile als ein etwaiger Lohnausfall für die versäumte Arbeitszeit“ dürften daraus nicht erwachsen.

In Richtung des von Isensee angedeuteten Kompromisses äußerten sich auch die Islamwissenschaftlerin Yasemin El-Menouar in der „Zeit“-Beilage „Christ und Welt“ (Donnerstag) sowie der Leiter des Katholischen Büros in Düsseldorf, Antonius Hamers.

Mit rund vier Millionen Gläubigen bildeten die Muslime in Deutschland eine Minderheit, fügte Hamers in der Bistumszeitung „Kirche+Leben“ hinzu. Ein gesetzlich geschützter Feiertag betreffe dagegen die gesamte Gesellschaft. Davon allerdings war bei de Maiziere auch nie die Rede. Doch das ging im anschließenden Getöse unter.

(KNA – rlklt-89-00153)

Stand: 13. November 2026